

Mitglieder-Info

Dezember 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,



in dem auf dem Landesparteitag unserer Partei verabschiedeten Leitantrag wird u.a. gefordert: »Nutzung der Möglichkeiten der 287 öffentlichen Unternehmen für eine sozial und ökologisch verträglichere Entwicklung der Stadt«. Am Beispiel der Hochbahn kann exemplarisch verdeutlicht werden, was sich dafür praktisch ändern muss.

Die Geschäftspolitik der Hamburger Hochbahn ist keineswegs nur darauf ausgerichtet, einen preiswerten und klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehr in der Hansestadt sicherzustellen. Im Gegenteil: Weil die Nutzung der Hochbahn die Hamburger BürgerInnen recht teuer zu stehen kommt, hat sie Spielraum für wirtschaftliche Unternehmungen in anderen Teilen der Republik.

Das Hamburger öffentliche Unternehmen ist zu einem aggressiven Anbieter von Verkehrsdienstleistungen geworden. Jetzt hat die Hochbahn verkündet, massiv in Ostdeutschland expandieren zu wollen. Das Unternehmen bewirbt sich um das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz in Leipzig. Das Volumen des Auftrags, den die Expansionsgesellschaft der Hochbahn, BeNEX, zusammen mit einem Partner vor Ort gewinnen will, beläuft sich auf neun Millionen Zugkilometer.

Die »BeNEX« (Leitspruch »Besseres Netz im Nahverkehr«) wurde als Tochtergesellschaft der Hochbahn gegründet, um im öffentlichen Nahverkehr der Berliner Republik wildern zu können. Angesichts weiterer auslaufender Schienenverträge der Deutschen Bahn sieht die Hochbahn dafür große Wachstumschancen. Außerdem hätten viele Städte Handlungsbedarf, ihre Verkehrsbetriebe effizienter zu strukturieren.

Die Hochbahn hat sich zudem einen australischen Finanzinvestor ins Unternehmen geholt, um die Expansion in andere Teile der Republik und Europa besser vorantreiben zu können. Seit Mitte 2007 ist die australische Investmentgesellschaft Babcock & Brown Public Partnership mit 49% an der BeNEX beteiligt. Die Mehrheit von 51% verbleibt im Besitz der Hochbahn. In der BeNEX sind alle Hochbahn-Beteiligungen außerhalb Hamburgs gebündelt und ihr Wert wird auf 100 Mio. Euro taxiert. Stammsitz der neuen Holding mit einem Umsatz von rund 215 Mio. Euro ist Hamburg. Diese Beteiligung sei »ein Meilenstein für das Expansionsgeschäft der Hochbahn«, sagte Finanzsenator und Hochbahn-Aufsichtsratschef Michael Freytag (CDU). »Wir sind froh, einen international renommierten Partner gewonnen zu haben.«

Die BeNEX bedient derzeit 20 Strecken in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen. Hinzu kommen ab 2010 zwei weitere Netze in Bayern. Die Hochbahn ist nach der Deutschen Bahn der zweitgrößte deutsche Nahverkehrsanbieter. Neben ihrer Bewerbung um das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz will sie auch um das derzeit größte ausgeschrieben Netz im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Brandenburg mit 20 Millionen Zugkilometern mitbieten.

Expansionsstrategie durch Lohndumping

Mit welchen Methoden die Hochbahntochter BeNEX im Wettbewerb um die staatlichen Milliardenmittel für den Schienenpersonennahverkehr kämpft, wurde kürzlich in einem Schlagabtausch anlässlich einer Podiumsdiskussion in Berlin zwischen Ulrich Homburg, Vorstandschef der Deutsche-Bahn-Tochter DB Regio, und Günther Elste, Chef der Hamburger Hochbahn (HHA), öffentlich. Homburg warf der Hochbahn vor, bei ihrer Nahverkehrstochter BeNEX mit Dumping-Löhnen anzutreten und so Ausschreibungen zu gewinnen.

Anlass für den Vorwurf war ein Internet-Stellenangebot der Bundesagentur für Arbeit. Eine Firma Tereg Gebäudedienste suchte dort für den Arbeitsort Görlitz zehn Zugbegleiter für einen Stundenlohn von 7,44 Euro plus Zuschlägen. DB Regio, so Homburg, sei bundesweit an Tarifvereinbarungen gebunden, die einen Mindest-Stundenlohn von gut 13 Euro vorsehen. Tereg ist eine weitere Tochter des Hamburger Hochbahn-Konzerns. Sie sucht die Zugbegleiter für die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft (ODEG). Diese, eine Tochter von BeNEX und des britischen Nahverkehrskonzerns Arriva, hatte die Ausschreibung für vier Linien des »Spree-Neiße-Netzes« gewonnen und startet dort zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember.

Im Klartext: Die Hochbahn nimmt die Verkehrsleistung in Hamburg als Grundlage für Expansionsstrategien in anderen Regionen. Da wird auch verständlich, warum der Verkauf und das Zurückleasen von 23 U-Bahn-Zügen zusätzlich Geld in die Kasse spült und die Hochbahn zu einem Dumpinganbieter von Verkehrsleistungen geworden ist.

Heuschrecke in Not

Von der Hereinnahme von Babcock & Brown in die BeNEX versprach sich die Hochbahn einst frisches Kapital, um ihre Expansionspläne zu finanzieren. Für die ersten vier Jahre wurde dem Finanzinvestor eine Garantiedividende zugesagt, »die sich an den üblichen Renditen im ÖPNV (Öffentlicher Nahverkehr) orientiert«. Sollte BeNEX bis 2011 weniger als 60% des angestrebten Unternehmensziels erreichen, hieß es damals, könne Babcock & Brown aus dem Geschäft über eine Exitoption vorzeitig aussteigen. Nun steigt der Finanzinvestor wahrscheinlich sehr viel früher aus – wegen Insolvenz. Denn mit 3,1 Mrd. australischen Dollar Verbindlichkeiten steckt Babcock & Brown knietief in den Schulden. Der Aktienkurs hat seit Jahresbeginn mehr als 99% an Wert verloren und vor

ein paar Tagen hat der Investor die Aussetzung seiner Aktie im Börsenhandel beantragt.

Seit Wochen verhandelt das Unternehmen mit einem Konsortium aus gut zwei Dutzend Gläubigerbanken über die Refinanzierung seiner Schulden. Besonders pikant: Mit im Bankenkonsortium sitzt mit einem kleineren Engagement auch die WestLB, möglicherweise sogar weitere Landesbanken. Kommt keine Einigung zustande, ist die »Heuschrecke« pleite.

Schlussfolgerung



Das Beispiel der Hochbahn AG zeigt: Hamburgs öffentliche Unternehmen müssen einer harten Kontrolle unterworfen und zu einer radikalen Änderung ihrer Geschäftspolitik gezwungen werden. Nur vordergründig hat sich die CDU von ihrer Privatisierungspolitik öffentlicher Unternehmen verabschiedet. Das Beispiel der Hochbahn zeigt: Auch ein öffentliches Unternehmen kann eine Geschäftspolitik entwickeln, das in Sachen Lohnpolitik, Arbeitsbedingungen etc. allen privatkapitalistische Firmen den Rang ablauft.

Parteiintern

Die Diskussion im Vorfeld des Parteitag, aber auch der Landesparteitag selbst haben deutlich gemacht, dass im Bezirksverband in wichtigen Fragen der weiteren Politik der Partei unterschiedliche Positionen existieren. Kontroverse Auffassungen gibt es z.T. auch in Fragen der Bezirkspolitik und des Agierens in der Bezirksversammlung. Hinzu kommt Kritik an der Effektivität der Arbeit des Bezirksvorstands. Der Bezirksvorstand hat deshalb beschlossen, am Samstag den 17. Januar eine Klausurtagung durchzuführen, um jenseits der hektischen Alltagsarbeit, über diese Fragen und Probleme sowie die Schwerpunkte der politischen Arbeit im Bezirk im Jahr 2009 zu diskutieren

Ein paar erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen Euch
Beate Reiss & Bernhard Müller

Aus der Bezirksfraktion

Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Robert Jarowoy in der Bezirksversammlung Altona 27.11. 2008 zur Ausschnüffelungspraxis des Hamburger Verfassungsschutzes

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Öffentlichkeit, geschätzte Honoratioren!

Nun soll der Verfassungsschutz angeblich erklärt haben, künftig nicht mehr routinemäßig die von den Bezirksämtern gemeldeten Initiativen ausforschen zu wollen.

Die fünf beteiligten Bezirksämter, darunter Altona, haben aber nicht erklärt, dass sie ihre Praxis ändern würden, jeden Infotisch dem Verfassungsschutz zu melden.

Dies und die bisherige Praxis sind ein Skandal, der auch nicht damit gerechtfertigt werden kann, dass man die NPD und andere Nazis im Auge behalten wolle. Die NPD besteht ja bekanntlich sowieso zum großen Teil aus Nazis, nein, ich meine natürlich Verfassungsschützern, so dass die Mitwirkung der Bezirksämter hier wohl kaum notwendig sein dürfte.

Um wen also geht es?

Um die Apfelbaum-BI, die mit ihrem Bürgerbegehren die Pläne der Investoren durchkreuzt, auf den Arealen der Kleingärten superschicke und natürlich entsprechend teure Eigentumswohnungen à la Ottensen Westend zu bauen?

Hat man Angst davor, dass die Lügen und Windeier über die Finanzierung des Deckels durch den Bund aufgedeckt werden, genau wie die Verstrickungen der Altonaer Politik mit den Investoren, mögen sie nun Pirelli oder sonst wie heißen?

Um wen geht es?

Um die Buchenhof-Wald-BI, wo das Bezirksamt den Abholz-Investor eines einzigartigen Biotops trotz mehrerer Anwohner-Widersprüche mit seinen bauvorbereitenden Maßnahmen gewähren lässt, obwohl er dies rechtlich gar nicht dürfte. Liegt es vielleicht daran, dass hier engste persönliche Verquickungen zwischen dem Investor und einflussreichen CDU-Politikern im Planungsausschuss bestehen?

Um wen geht es?

Um die Bernstorffstraßen-Initiative, die gegen die in Ottensen schon umgesetzte und im Schanzenviertel voll laufende

gentrification und segregation ihres Quartiers kämpft und sieht, dass trotz Bebauungsplanaufstellungsbeschlüssen mit Bestandsgarantie die GAL-Architekten mit dem Investor unbeeindruckt weiter an ihren Plänen basteln?

Um wen geht es?

Das Schanzenfest, das seit Jahren friedlich von Tausenden Menschen besucht wird, wo der Herr Bezirksamtsleiter wegen der ritualisierten und nicht zuletzt von der Polizei provozierten Randalen in der Nacht danach in dem gerade von Altona übernommenen Schanzenviertel Kneipenwirten die Konzession entziehen will, die nicht verhindern würden, dass so genannte Störer in ihren Kneipen Zuflucht fänden und womöglich sogar noch aus diesen heraus agieren würden?

Um wen geht es?

Die Bewohner-Initiative des Elbtreppe-Ensembles, die entsetzten Blankeneser, denen ihr Bahnhofsvorplatz von Pirelli mit Hilfe des Bezirksamtes und der BV zubetoniert wird? Die Iserbrooker und Rissener, denen die Bücherhallen geschlossen werden sollen? Die Luruper, die statt des gewünschten Stadtteil-Zentrums ein weiteres Einkaufszentrum am Eckhoffplatz von Pirelli und dem Bezirk beschert bekommen? Die Osdorfer-Born-Bewohner, deren Sozialmieten aufgekündigt werden? Die Altona-Altstädter, die mit den immer neuen Super-Investoren und städtebaulichen Verträgen für Frappant und Forum von einer Ruine zur nächsten stets aufs Neue veralbert werden? Geht es um die Menschen aus Altona-Nord, die gerne wüssten, was aus dem gigantischen Bahnareal wird, das an Redwoodgrove und Hochschiefer verschachert wurde? Vielleicht bauen die die Elbphilharmonie ja letztlich dann dort, was auch nicht gerade schön wäre, aber vermutlich ein paar hundert Millionen Euro billiger.

Aber wie dem auch sei, meine sehr verehrten Damen und Herren, verabschieden Sie interfraktionell mit uns zusammen im nächsten Hauptausschuss einen Antrag, der diese Praxis des Bezirksamtes Altona bezüglich der Weitergabe der Daten jedes angemeldeten Infotisches an das MfS stoppt.

Bericht aus der Bezirksversammlung Altona, »XVIII. Wahlperiode, 7. Sitzung, Donnerstag, 27.11.08, 18.00 Uhr im Kollegienaal des Rathauses Altona, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg«

Das hört sich doch gut an, »Kollegienaal des Rathauses Altona«, in Wirklichkeit aber nur ein unbedeutender Verwaltungskontroll-Ausschuss auf Hamburger Bezirksebene. Der Begriff »Kollegienaal« stammt aus der dänischen Epoche, die nach dem Dreißigjährigen Krieg begann, als Altona durch feudale Erbschaft an Dänemark fiel. Das Kolleg in Altona war eine nicht gewählte Art von Ständevertretung – Reeder, Kaufleute, Handwerksmeister, zunehmend aber auch Akademiker (vor allem Ärzte, Juristen und Gymnasiallehrer). Die

sehr sanfte dänische Herrschaft dauerte bis in die Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, als Preußen und Österreich gemeinsam Dänemark den Krieg erklärten. Peinlicherweise wird dieser Krieg durch ein riesiges Gemälde in eben diesem Kollegienaal (und ein Denkmal östlich der Alten Welt) auch noch deutschnational verherrlicht. Danach fiel Altona als Teil der österreichischen Beute an die Wiener Krone. Allerdings nur für zwei Jahre, weil es dann bereits zum so genannten Deutschen Krieg zwischen Österreich und Preußen kam, der



diesmal allerdings nicht wie bei der deutsch-dänischen Seeschlacht vor Helgoland mit Zehntausenden ertrunkener Seesoldaten in norddeutschen Gefilden, sondern vorwiegend in Tschechien (Böhmen/Austerlitz) ausgetragen wurde.

Danach gehörte Altona, die vormals zweitgrößte Stadt Dänemarks (nach Kopenhagen), zu Preußen, und es wurde die Verbindungsbahn gebaut. Das heißt, die Verbindung zwischen dem Altonaer Bahnhof, von dem aus Züge über Kiel nach Kopenhagen führen, und dem Hamburger Bahnhof, der über das Berliner Tor nach Berlin ausgerichtet war. Nebenbei: Der Dammtor-Bahnhof an der Verbindungsbahn wurde für Repräsentationsbesuche des Kaisers mit der vorgelagerten Moorweide eingerichtet, damit der Kaiser von oben herab auf das jubelnde Volk schreiten, winken, schießen sollte.

Nun ja, das Altonaer Kolleg aus der Dänenzeit blieb erhalten als etwas, was man auf Hamburger Ebene heute Bürgerschaft nennen würde. Der Senat hieß in Altona Magistrat, obwohl es auch Senatoren gab, denen ein Oberbürgermeister vorstand. Zum Anfang des 19. Jahrhunderts war dies der deutschnationale, aber auch relativ liberale Bernhard Schnackenburg. Ihm folgte Anfang der 1920er Jahre nach der Novemberrevolution 1918, wo der Arbeiter- und Soldatenrat sich an die entsprechenden Hamburger Revolutionsräte anschloss, der Sozialdemokrat Max Brauer, Glasbläser aus Bahrenfeld. Unter Max Brauer wurde Altona die in sozialer und ökologischer Hinsicht anerkanntermaßen fortschrittlichste Stadt Deutschlands.

Die heute noch das Stadtbild prägenden Gestalter waren vor allem Gustav Oelsner und Ferdinand Tutenberg. Erste-

rer war Stadtbaudirektor und Senator, der mit seiner Maxime »Luft und Licht« viele auch heute noch erhaltene Wohnsiedlungen in Ottensen, Othmarschen und Bahrenfeld konzipierte. Letzterer hat als Gartenbaudezernent den Volkspark mit Schulgarten als naturnahen Wildwald als Gegenmodell zu dem feudalorientierten Hamburger Stadtpark entworfen und verwirklicht. Allerdings darf man nicht vergessen, dass die Anlage des Volksparks mit vorwiegend französischen Zwangsarbeitern (Kriegsgefangenen) des Ersten Weltkrieges realisiert wurde und, dass Tutenberg bereits Mitte der 1920er Jahre in die NSDAP eintrat, wenngleich er kurz nach der Machtübergabe an die Nazis aus dem Amt gestoßen wurde, weil er offenbar doch kein richtiger Nazi, sondern ein naturnaher städtebauplanerischer Deutsche-Eiche-Apologet war, der seine Ideen »ideologiefrei« durchsetzen wollte, sich dabei aber verdingte. Oelsner (eher ein Liberaler) verflüchtigte sich im Frühjahr 1933 genau wie sein SPD-Oberbürgermeister von Altona, Max Brauer. Kaum bekannt übrigens: Es gab kurz nach der Machtübergabe an die Faschisten noch eine letzte Kommunalwahl im März 1933, bei der KPD und SPD in Altona die Mehrheit errangen, was ihnen allerdings auch nichts nützte.

Oelsner emigrierte in die Türkei und trug vielleicht ein wenig als städtebaulicher Berater der türkischen Regierung dazu bei, dass das ehemals griechische Viertel um das Goldene Horn in Istanbul nicht abgerissen wurde, sondern bis heute erhalten geblieben ist. Nach dem Krieg hielt er hier noch ein paar Vorträge und starb. Tutenberg starb schon vor Beginn des Krieges, genau wie ein weiterer bedeutender Altonaer, Felix Woysch, der Komponist der Altona-Hymne und langjährige Leiter des

Altonaer Konservatoriums in und um die Johanniskirche in der Max-Brauer-Allee kurz vor der Sternbrücke. Woysch war ein kaisertreuer Komponist und Dirigent, der nach der Machtübergabe an die Nazis sein Amt niederlegte und in die »innere Emigration« ging. Er starb kurz vor Kriegsende.

Max Brauer, inzwischen US-amerikanischer Staatsbürger, kam nach Altona zurück und wurde von den Engländern als Hamburger Oberbürgermeister eingesetzt (Altona, Wandsbek und Harburg waren 1938 im Rahmen des Groß-Hamburg-Gesetzes eingemeindet worden). Max Brauer, der heute noch von der SPD, aber auch der CDU lobgehudelte ehemalige OB Altonas war nun OB Hamburgs inkl. Altona und mächtig stolz, dass er es als Altonaer Arbeiter geschafft hatte, auf Gnaden der Engländer und Amerikaner nun Hamburger OB werden zu dürfen, wobei man anfügen muss, dass er dann 1949 auch als SPD-Spitzenkandidat gewählt wurde.

Im Gegensatz zu seinem Parteigenossen August Kirch, einem ehemaligen Altonaer Senator, der den Faschismus im Londoner Exil überlebt hatte und nach dem Krieg als erster Bezirksamtsleiter Altonas von den Engländern eingesetzt wurde, entwickelte Max Brauer keinerlei Widerstand gegen die Beibehaltung des von den Nazis verfügt Groß-Hamburg-Gesetzes. Er behielt die bis heute bestehende Regelung der »Einheitsgemeinde« bei, die besagt, dass in Hamburg die Bezirke (einst stolze eigenständige Städte wie Altona insbesondere) nicht mehr Rechte als Verwaltungsausschüsse in der Unterordnung durch die allmächtigen, vom Hamburger Senat gesteuerten Beschlüsse und Verfügungen haben.

Nun bin ich todmüde und kann nicht mehr das schreiben, was ich eigentlich schreiben wollte, aber ich denke, es ist auch interessant für ein Mitgliederinfo.

Gruß Robert Jarowoy

Aus der Partei

Bericht von der Sitzung der Stadtteilgruppe Altona-Altstadt am 10.11.2008

Günter und einige weitere Genossen haben bei der Scholz/Steinmeier-Veranstaltung der SPD für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan demonstriert.

Am Falkensteiner Elbhang bemühen sich BürgerInnen und Gartenbauamt gemeinsam, weitere illegale Baumfällaktionen zu verhindern. Auch in anderen Teilen Altonas sollte jeder von uns darauf achten, wenn Bäume gefällt werden und evtl. um Auskunft über die Gründe bitten – wir müssen nicht nur rot, sondern auch grün sein, wie wir das auch mit unserer Beteiligung in Gorleben gezeigt haben.

Norbert Hackbusch hat aus der Bürgerschaft berichtet und zwei Projekte vorgeschlagen:

1. Ein Kultur-Ticket für sozial Schwache, damit alle Menschen auch an Kultur wie Theater und Oper teilhaben können, schon jetzt gibt es billige Karten für Hartz IV-EmpfängerInnen.

2. Einmal wöchentlich freier Eintritt in die Museen. Dies würde ca. 6 Mio. Euro kosten – kein Problem, verglichen mit den Kosten für die **Elbphilharmonie**. Der Senat soll dazu Stellung nehmen. Weitere Vorschläge in dieser Richtung sind willkommen. Außerdem fordern wir: Die staatliche Unterstützung für Kultureinrichtungen wie Haus 3, Werkstatt 3, Motte



muss regelmäßig den allgemein steigenden Kosten angepasst werden. Die Bürgerschafts-Fraktion wird sich in der nächsten Zeit v.a. mit den Plänen zur Privatisierung des Hafens sowie mit der KiTa-Problematik befassen.

Im Februar/März 2009 wird die Bürgerschafts-Fraktion in Altona eine große Anhörung für MigrantInnen veranstalten.

Für die geplanten AGs zu diesem Thema werden noch MitarbeiterInnen gesucht, Kontaktperson: Norbert Hackbusch.

Auf unserer nächsten Sitzung am 8.12. wird Hildegard die »Vier-in-einem-Perspektive« für sozialistische Frauenpolitik vorstellen.

Werner Haertel

Aus dem Bezirk

Arbeitskreis »Stoppt die Falkenstein-Baumkiller«

Immer wieder schlagen einige Immobilien-Eigentümer am Falkensteiner Wald-Elbhang als illegale Baumfäller in frevelhafter Weise zu. Der Prominenteste war vor Jahren der Verleger Schulte-Hillen (Gruner & Jahr), dem eine Strafe von 100.000 DM angedroht wurde. Jetzt sind wieder Bäume illegal am Hang unterhalb der ehemaligen Axel-Springer-Villa im Sven-Simon-Park abgesägt worden. Es ist deutlich zu sehen, dass es sich um eine Sichtachse mit Elbblick handelt. Eine Bewohnerin der Luxus-Eigentumswohnungen äußerte: »Man kann nur von der oberen Penthausetage über die hohen Bäume die Elbe sehen«. Im Zuge des Verkaufs der umgebauten Eigentumswohnungen in der Villa und der Mak-

lerwerbung »mit Elbblick« ist wohl der Kahlschlag erfolgt. Weitere Bäume sind bereits angesägt. Gegen diesen Baumfrevler haben sich BürgerInnen empört an uns als Linksfraktion gewandt und zu Gegenmaßnahmen aufgerufen.

Nach Auskunft im Amt, ist Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt worden und ein großer Baum, der den Wanderweg versperrt, soll zunächst als »Mahnmal« liegen bleiben. Die BürgerInnen des Arbeitskreises fordern eine Nachpflanzung, damit die Baumfrevler erkennen, dass sie nicht ohne Konsequenzen davon kommen. Außerdem wird der Arbeitskreis eine entsprechende Aktion starten.

*Für den Arbeitskreis: Günter Pingel,
Mitglied im »Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport«*



Elbvororte Wochenblatt 12. November 2008

Kahlschlag für den freien Elbblick

Empörung über abgeholzte Bäume am Elbhänge
Reinhard Schwarz, Rissen

Wieder Baumfrevler am Elbhänge in Rissen: Im Sven-Simon-Park in Rissen/Falkenstein haben Unbekannte erneut Bäume gefällt, darunter auch eine große, alte Eiche.



Günter Pingel bei einem der gefällten Bäume im Sven-Simon-Park

»Baummörder werden angezeigt und müssen in der Hölle schmoren«, hat jemand auf ein in Plastik gehülltes Blatt Papier geschrieben. Und hinzugefügt: »Respekt vor der uns anvertrauten Schöpfung.« Hilflloser Protest gegen ein am Elbufer bekanntes Delikt: Immer wieder werden Bäume gefällt oder geschädigt, um einen freien Blick auf die Elbe zu bekommen, Makler werben für ihre Villen mit dem »schönen Elbblick«. Stehen Bäume im Weg, wird schon mal zur Säge gegriffen. Ein Kavaliersdelikt?

»Nein«, meint Günter Pingel, für die Linkspartei Mitglied im Grünausschuss der Bezirksversammlung.

Stadtführer Pingel, der auch Führungen durch Blankenese veranstaltet, kämpft gegen die Baumfrevler, die sich ihren freien Elbblick mit der Motorsäge schaffen. »Ich bin vor zwei Wochen von empörten Parkbesuchern angesprochen worden, dass hier mehrere Bäume gefällt wurden.« Seine Vermutung: »Es gibt einen Zusammenhang zwischen einer Hangvilla und einem daneben stehenden Neubau.« Beweise gibt es keine, das macht die Suche nach den Schuldigen so schwierig. Auf dem Gelände der Hangvilla befindet sich kein größerer Baum mehr, grüner Rasen und kahle Flächen zeugen davon, dass hier jemand gründlich gearbeitet hat. Pingel: »Seit Jahren versuchen Anwohner immer wieder, Bäume durch Ansägen zum Absterben zu bringen, um einen freien Blick auf die Elbe zu bekommen.«

Im Bezirksamt Altona ist der Fall des gefällten Baumriesen bekannt, erklärte Pressesprecher Rainer Doleschall: »Wir haben den Fall an Polizei und Staatsanwaltschaft weitergegeben.« Mehr könne man derzeit nicht machen. Der gefällte Baum bleibt derweil liegen – als Beweis und vielleicht auch als Mahnmal. In den Zweigen hängt ein weiterer Zettel von der Abteilung Stadtgrün. Zeugen werden darauf gebeten, sich unter Tel. 42811-6125 oder 42811-6126 an den Bezirk zu wenden.

Die unendliche Geschichte

vom A 7-Deckel, dem Widerstand der Altonaer Bevölkerung und der Blamage der GAL

von Robert Jarowoy, Bernhard Müller und Beate Reiss

Anfang der 1970er Jahre wurde die Autobahn A7 quer durch den Hamburger Westen gebaut und teilt seitdem vor allem den Altonaer Stadtteil Bahrenfeld. Betroffen sind aber auch Othmarschen, Niendorf, Lokstedt und Schnelsen. Dem Vorrang für den individuellen Personen- und Güterverkehr wurde dabei die Lebensqualität in den betroffenen Quartieren geopfert. Die AnwohnerInnen kämpfen seitdem gegen die Trennungswirkungen und gesundheitlichen Belastungen (Lärm, Luft etc.) dieser in einer Art Canyon verlaufenden Magistrale.

Nun ist ein weiterer Ausbau der A7 geplant. Dabei haben der 8-spurige Ausbau zwischen Othmarschen und dem Autobahndreieck Nord-West und der 6-spurige Ausbau bis zur Lan-

desgrenze in der Bundesplanung höchste Priorität und sollen bis 2015 realisiert werden.

Zur Milderung der Folgen dieses Ausbaus für die AnwohnerInnen und die Sicherstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzes nach dem Bundesimmissionsschutz stellt der Bund Finanzmittel zur Verfügung. Inklusiv des gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzes investiert er rund 400 Mio. Euro – so vollmundig der Hamburger Senat. Von Seiten des Bundes gibt es dazu inzwischen ein deutliches Dementi: Von einer entsprechenden Zusage des Bundes könne bisher keine Rede sein, was insbesondere die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Hajduk, gründlich blamiert hat.



Mit diesen – bisher nicht gesicherten – Mitteln soll die A 7 auf einer Gesamtlänge von ca. 1,7 km »gedeckelt« werden. Auf einer Länge von weiteren 500 m plant der Bund die A 7 halbseitig zu überdecken (Galerie). Die Deckelbauwerke sollen mit einer 1,20 bis 1,50 m hohen Sandschicht aufgefüllt und begrünt werden. Die zerschneidende Wirkung auf die Stadt, die durch die A7 seit den 1970er Jahren besteht, soll so auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Nun will die Stadt den Lärmschutz über der A 7 noch weiter ausbauen als bisher vom Bund vorgesehen. Der so genannte Bahrenfelder Deckel soll in Richtung Volkspark von 1,5 auf 2,2 Kilometer verlängert werden, außerdem ist für Schnelsen ein 600 Meter langes Dach statt nur Lärmschutzwände angedacht. Bis 2015/2016 will Hamburg die Autobahn unter drei Deckeln mit einer Gesamtlänge von 3,8 Kilometern verschwinden lassen.

Oben drauf stehen dann fast 25 Hektar Deckelfläche zur Verfügung, die mit Parks, Cafés, kleinen Läden, Spielplätzen, Sportanlagen, Fuß- und Radwegen bestückt werden können. Dieser Nutzung hat der Bund – anders als beim Finanzvolumen – nun zugestimmt.

»Damit ist eine große Lösung für die Stadtteile an der Autobahn greifbar geworden«, sagte Anja Hajduk (GAL), Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt. Für ihre Extrawünsche müsste die Hansestadt nun kräftig draufzahlen. Hajduk schätzte die Mehrkosten auf knapp 200 Millionen Euro. »Die müssen wir irgendwie gegenfinanzieren«, sagte die Senatorin. Und im Moment gebe es keine andere Geldquelle als den Verkauf städtischer Grundstücke im Umfeld der A 7. Auf rund 30 Hektar sollen in Altona neue Flächen für »innerstädtisches Wohnen im Grünen« entstehen. In Absprache mit den Bezirken Eimsbüttel und Altona benennt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zurzeit mögliche Flächen, die verkauft werden können.

Gegen diese Form der Deckel-Finanzierung wehrt sich jedoch die Initiative »Apfeltraum braucht Wurzelraum«. Sie hat mittlerweile fast 8.000 Unterschriften für den Erhalt der Altonaer Kleingärten gesammelt. Damit kommt ziemlich sicher ein Bürgerbegehren zustande. Schon nach der ersten Stufe

Anfang September hatte der Bezirk Altona seine Arbeit an diesem Projekt auf Eis gelegt. »Wir suchen im Augenblick nicht weiter nach Flächen oder prüfen Änderungen von Bebauungsplänen«, sagte Bezirksamtsleiter Jürgen Warmke-Rose (parteilos).

DIE LINKE.Altona unterstützt das Bürgerbegehren für den Erhalt der Kleingärten. Unsere Argumente gegen die geplante Form der Finanzierung des großen Deckels, wenn er denn überhaupt kommt, sind:

- Der Bau eines großen Deckels ist grundsätzlich zu begraben. Seine Finanzierung durch weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums lehnen wir ab. Wie z.B. auch die Schulbauten gehört der Autobahndeckel zu den großen Investitionsvorhaben in die in den letzten Jahren sträflich vernachlässigte Infrastruktur der Stadt, die vor dem Hintergrund der kritischen Haushaltslage nach Prioritäten abgearbeitet werden müssen. Zu deren Finanzierung kann u.a. die sofortige Einstellung von »Leuchtturmprojekten« wie die Elbphilharmonie oder die Luxus-U-4 beitragen.
- Die Kleingärten wurden ebenso wie der Volkspark als Erholungs- und Gartenflächen von der damals noch selbständigen Stadt Altona zu Beginn des vorigen Jahrhunderts vor allem für die Bevölkerung der extrem dicht bebauten Quartiere in Ottensen und Altona-Altstadt bereitgestellt, um so einen Ausgleich für nicht vorhandene Grün- und Gartenflächen zu schaffen. Diese Funktion haben sie immer noch. Die Flächen wurden seit den 1970er Jahren mit dem Bau der A7, aber auch der systematischen Ausweitung des Stadion- und Arenenbereichs im Volkspark ständig reduziert und sollen jetzt ganz verdrängt werden.
- Es steht zu befürchten, dass auf den zum Verkauf angelegten Flächen vor allem Wohnraum für Besserverdienende entsteht. Für Wohnungsneubau stehen aber in Altona vor allem auf dem riesigen Gelände um den Altonaer Bahnhof bis hin zum S-Bahnhof Diebsteich ausreichend Flächen zur Verfügung. Das Problem in Altona wie in Hamburg ist allerdings, dass wir großen Bedarf an Sozialwohnungen haben. Wir brauchen keine weiteren Viertel für Besserverdienende, sondern eine Stadtentwicklungspolitik, die auf die soziale Durchmischung der Quartiere achtet, d.h. insbesondere einen niedrigpreisigen Wohnungsbau für Menschen und Familien mit geringerem Einkommen fördert.
- Es muss davon ausgegangen werden, dass der Senat den durch das Bürgerbegehren verursachten Stillstand beenden wird, indem er das Verfahren komplett in seine Zuständigkeit zieht oder den Bezirk zum Weitermachen anweist. Damit würde sich der Senat in Altona nach dem Bismarkbad ein weiteres Mal über den BürgerInnenwillen hinwegsetzen. Das dafür jetzt die GAL die politische Verantwortung trägt, gibt dem ganzen Vorgang einen besonders schalen Beigeschmack. Wer in Sonntagsreden auf aktive BürgerInnenbeteiligung setzt und in der politischen Praxis dann das Gegenteil tut, muss sich nicht wundern, wenn sich immer mehr BürgerInnen frustriert von der Politik abwenden.

Termine

Donnerstag, 11.12.

»50 Jahre Kubanische Revolution«

Aktuelle Entwicklungen und Probleme

Lichtbildervortrag; gemeinsame Veranstaltung mit Cuba Si

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Montag, 15.12.

Mitgliederversammlung DIE LINKE. Altona

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Freitag, 19.12.

Bürgersprechstunde mit Norbert Hackbusch

Zeit: 17.00-19.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Montag, 5.1.2009

DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Samstag, 17.1.2009

Klausurtagung DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 10.00-18.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Montag, 19.1.2009

Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Donnerstag, 22.1.2009

Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr; Ort: Altonaer Rathaus

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: 8.12.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: bitte erfragen

Kontakt: Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Stefan Ziefle, Tel: 040-3861 25 42

Marcel Bois, Tel.: 040-43 27 28 61

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chausse 29/
Ecke Mendelsohnstraße

Kontakt: Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Zeit: 19.30 Uhr ; Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

Kontakt: Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 8.12.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Beate Reiss, Tel: 040/396386

Einladung zur Mitgliederversammlung



Am: Montag, den 15. Dezember Beginn: 19.30 Uhr

Ort: Parteibüro – Im Felde 2

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. Auswertung Landesparteitag
4. Bericht aus der Bürgerschaft
5. Bericht aus der Bezirksversammlung
6. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß (0174/6102395)/Bernhard Müller (0160/92316471)/Gerd Lauer mann (0163/6345184)